

Die USA und Europa - Gefolgschaft oder Partnerschaft? Globale Herausforderungen für die USA und Europa

Wilkiewicz, Zbigniew

Postprint / Postprint

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Wilkiewicz, Z. (2005). Die USA und Europa - Gefolgschaft oder Partnerschaft? Globale Herausforderungen für die USA und Europa. *Aktuelle Ostinformationen*, 37(1/2), 1-11. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-323393>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Beiträge

Zbigniew Wilkiewicz

Die USA und Europa. Gefolgschaft oder Partnerschaft?

Globale Herausforderungen für die USA und Europa

Nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Zusammenbruch der Sowjetunion kam es zu einer spürbaren Verunsicherung hinsichtlich der Neudefinition der internationalen Sicherheitsdoktrin, die bis dahin durch die gegenseitige Abschreckung der beiden Führungsnationen und Supermächte USA und UdSSR geprägt war. Die Frage nach einer weltpolitischen Neuordnung gewann an Gewicht. Es bildete sich ein atlantisch-pazifischer Großraum als Kern einer liberalen internationalen Ordnung heraus. Gleichzeitig nahm die Bedeutung der in der Charta der Vereinten Nationen festgelegten Ordnung zu und fand als Modell zur Wahrung internationaler Ordnung Anerkennung. Schließlich spielt das Phänomen einer wirtschaftlich, politisch und kulturell zu definierenden Globalisierung eine zunehmende Rolle, denn durch sie werden die Grenzen des klassischen Nationalstaats in Frage gestellt.¹

Aktuell sind es aber die Herausforderungen des weltweit und weitgehend anonym operierenden Terrorismus, die die Staaten der westlichen Welt dazu zwingen, ihre Ordnungskonzepte und Sicherheitsstrategien neu zu überdenken und neu zu definieren. Hinsichtlich des sich islamistisch legitimierenden Terrorismus sind dabei mehrere Kontexte zu beachten. Erstens ist es der ungelöste und weiterhin schwelende Konflikt zwischen der arabischen Welt und Israel:

*„No other region in the world is characterised by so much unrest and conflict. No other region of the world has assembled so much weapons. It is, in fact, the world's most dangerous hotspot.”*²

Zweitens geht es um die wirtschaftliche und politische Dominanz der westlichen Welt, für die die Begriffe Globalisierung und Intervention stehen. Diese Dominanz besitzt eine kulturelle Variante (Huntington) und kommt aus der Perspektive zahlreicher Araber einer zweiten Kolonialisierung durch die USA und die EU gleich.³

Ungeachtet dessen verstehen sich die USA und die EU als spezifische Wertegemeinschaften, die sich in erster Linie durch Frieden, Freiheit, Wohlstand, Schutz des Eigentums, persönliche Würde des Einzelnen sowie Demokratie und Toleranz definieren, wobei die einzelnen Begrifflichkeiten aus der jeweiligen amerikanischen oder europäischen Sicht sicherlich unterschiedlich gewichtet werden.⁴ Sowohl die USA als auch die

¹ Joachim Krause: Multilaterale Ordnung oder Hegemonie? Zur transatlantischen Debatte über die weltpolitische Neuordnung. In: ApuZ, B 31-32 (2003), S. 6-14, S. 8

² Ernst-Otto Czempiel: Europe's Mission: Pushing for a Participate World Order. In: <http://fesportal.fes.de/pls/portal30/docs/FOLDER/POLITIKANALYSE/paxamericana>, S. 7.

³ *Ibid.*

⁴ Gert Raeithel: Zu den Mentalitätsunterschieden in einer Partnerschaft. Der amerikanische Traum und wir. In: Die Politische Meinung, August 2003, S. 19-24.

EU verstehen sich als erfolgreiche Gesellschaftsmodelle und hegen den Anspruch, ihre Ordnungen zu verbreiten und zu exportieren. Über die Form und die Mittel dieses gesellschaftlichen Transfers wird aber spätestens seit dem amerikanischen Angriff auf den Irak heftig gestritten. Kennzeichnend für diesen zuweilen polemisch geführten Disput waren die am 23.05.2003 in führenden europäischen Zeitungen veröffentlichten Manifeste von sieben prominenten europäischen Intellektuellen, in denen zu einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik – zunächst auf Kerneuropa beschränkt - aufgerufen wurde. So forderte Jürgen Habermas, dass Europa sein Gewicht auf internationaler Ebene und im Rahmen der UN in die Waagschale werfen müsse, um den „hegemonialen Unilateralismus“ der Vereinigten Staaten auszubalancieren. Es sei zur Gestaltung des „Designs einer künftigen Weltinnenpolitik“ geradezu berufen. Es habe unter Schmerzen gelernt, wie Unterschiede kommuniziert, Gegensätze institutionalisiert und Spannungen stabilisiert werden können. Deshalb verstehe Europa, dass in einer komplexen Weltgemeinschaft nicht nur Divisionen zählen, sondern die weiche Macht von Verhandlungsagenden, Beziehungen und ökonomischen Vorteilen.⁵ Allerdings gibt es auch in den USA selbst eine massive Kritik an der neokonservativen Innen- und Außenpolitik der Bush-Regierung. Zu nennen sind in diesem Kontext neben dem sehr medienwirksamen Michael Moore mit seinen anklagenden Publikationen und Filmen der Soziologe Norman Birnbaum („Nach dem Fortschritt“), der Publizist Kevin Philipps („Die amerikanische Geldaristokratie“), der Soziologe Jeremy Rifkin („Der europäische Traum“) oder auch der Historiker Arthur M. Schlesinger („War and the American presidency“). Allerdings, so Thomas Assheuer in seinem lesenswerten Artikel über die „Staatsfeinde“, sei anzuzweifeln, ob sich diese intellektuellen Kritiker der *conditio* und *pax Americana* sich Gehör verschaffen können:

„Aber die Zeiten realer Bedrohung und massenmedial geschürter Panik sind nicht die Zeiten politischer Vernunft, sondern spielen dem ‚Bündnis aus Rüstungsindustrie, Wall Street, religiöser Rechter und Marktradikalen‘ in die Hände. Im Ausnahmezustand, dem ‚Krieg gegen den Terror‘, verlangt der Wähler nach homeland security wie das Schulkind nach der Kellog’s-Tüte.“⁶

Die neue Nationale Sicherheitsstrategie (NSS) der USA und die Sicherheitsdoktrin der EU

Dass es einen Interessen- und Wertekonflikt zwischen den USA und Europa gibt, wird an der offen propagierten und nunmehr auch umgesetzten neuen Sicherheitsdoktrin der USA NSS deutlich, die die Aufkündigung des Westfälischen Systems und die einseitige Intervention der USA legitimiert. Dabei bleibt im Kontext der globalen terroristischen Bedrohung festzustellen, dass es sich dabei um entterritorialisierte, staatenlose, in Netzwerken und klandestin agierende Gegner handelt, die anonym bleiben und sich radikaler Kampfmethoden (Selbstmordattentate) bedienen. Bei der Abwehr terroristischer

⁵ Conrad Schuhler: „Unter Brüdern“. Die USA, Europa und die Neuordnung der Welt. In: <http://www.uni-kassel.de/fb10/themen/Europa/schuhler.html>.

⁶ Thomas Assheuer: Die „Staatsfeinde“. In: Die Zeit, 28. 10, 2004, S. 60-61, S. 61.

Aktionen geht es deshalb aus Sicht der USA nicht mehr nur um das Mittel des Präventivkriegs im Rahmen der wohlbekannten, wenn auch umstrittenen Doktrin des „gerechten Krieges“, sondern um den präemptiven Einsatz von Sicherheits- oder Militärkräften, die im Vorfeld kriegerischer Auseinandersetzungen dafür sorgen sollen, dass es gar nicht erst zu terroristischen Anschlägen kommt. „Schurkenstaaten“ und deren Helfer sind im Rahmen einer „antizipatorischen Selbstverteidigung“ anzugreifen, bevor sie dies selbst tun können. Wie Schurkenstaaten zu definieren sind, bleibt allerdings umstritten. Für die USA sind dies Staaten, die Terroristen unterstützen, in denen Proliferation droht und Menschenrechte missachtet werden. Allerdings handelt es sich dabei aufgrund des selektiven, flexiblen Unilateralismus der USA um eine sehr vage Umschreibung hinsichtlich bestimmter Staaten. Im Mittelpunkt steht eindeutig das amerikanische Eigeninteresse, wie folgende Formulierung von Präsident Bush vom September 2002 zeigt:

*„While the United States will constantly strive to enlist the support to the international community, we will not hesitate to act alone, if necessary, to exercise our right of self-defense preemptively...“*⁷ Dies bedeutet aber auch, dass präemptive Selbstverteidigung und die Führung eines Angriffskrieges kaum noch zu unterscheiden sind. Im Text der neuen NSS der USA wird diese Sachlage so kommentiert:

*„Es hat beinahe ein Jahrzehnt gedauert, bis wir die wahre Natur dieser neuen Bedrohung verstanden hatten. Angesichts der Ziele von Schurkenstaaten und Terroristen können die Vereinigten Staaten nicht länger allein auf eine reaktive Haltung vertrauen, wie es in der Vergangenheit der Fall war. Die Unfähigkeit, einen potenziellen Angreifer abzuschrecken, die Unmittelbarkeit der heutigen Gefahren und das Ausmaß des möglichen Schadens, das aus der Waffenwahl unserer Gegner erwachsen könnte, lassen diese Option nicht zu. Wir dürfen unsere Feinde nicht zuerst zuschlagen lassen.“*⁸

Dabei habe man es – so der Politologe Joachim Krause – mit einem pragmatischen Liberalismus zu tun. Die USA wollen die liberale Zone erhalten und verteidigen, wobei die Alliierten eingeladen seien, daran mitzuwirken. Gebe es daran kein Interesse, werde die USA allein oder in „Koalitionen der Willigen“ die Gelegenheit zur Schaffung einer liberalen Weltordnung nutzen.⁹ Der gravierende Unterschied beim Export liberaler und demokratischer Werte besteht darin, dass ein Teil der Europäer massive Kritik an der neuen NSS der USA üben und eher nach den Ursachen für den Terrorismus fragen (globale Armut, fatale Folgen der Globalisierung für die Dritte Welt, deshalb Forderung nach Regionalisierung statt Globalisierung) sowie zivile Instrumente der Intervention entwickeln wollen, um sie zu beheben:

*„The main mistake of the West has been to neglect those reactions, to confine the discussion on globalisation to their domestic consequences. 9/11 shows that external consequences are at least equally important. Europeans should not close, but rather open their eyes and ears and think about the world within they live and act.“*¹⁰

⁷ Jochen Hippler: Unilateralismus der USA als Problem der internationalen Politik. In: ApuZ, B31-32 (2003), S. 15-22, S. 20.

⁸ Die neue Nationale Sicherheitsdoktrin der Vereinigten Staaten, 28. 09. 2002. In: <http://www.unikassel.de/fb10/frieden/regionen/USA/doktrin-lang.html>.

⁹ Joachim Krause, wie Fußnote 1, S. 11.

¹⁰ Ernst-Otto Czempel, wie Fußnote 2, S. 9.

Im Hinblick auf die EU ist in diesem Kontext allerdings auch festzustellen, dass der am 18. Juni 2003 von Javier Solana vorgelegte „Entwurf für eine europäische Sicherheitsstrategie“¹¹, in dem von einer „Ausdehnung des Sicherheitsgürtels um Europa“ die Rede ist, von ähnlichen Voraussetzungen ausgeht wie die NSS der USA:

„Die im Solana-Papier erkennbare Grundtendenz einer europäischen Sicherheitsdoktrin setzt erkennbar stärker auf militärische Komponenten als dies in Praxis und Selbstverständnis der Europäer bislang der Fall war. Die fundamental neue Art der terroristischen Bedrohung scheint auch den Europäern bewusst geworden zu sein.“¹²

Allerdings wird in Solanas Entwurf sehr viel stärker auf die internationale und transatlantische Kooperation abgehoben als das in der amerikanischen NSS der Fall ist. Deutlich setzt die EU damit weiterhin auf Multilateralität, während die USA sehr viel stärker auf ihre eigene, dominante Rolle abhebt. Auch werden im Solana-Entwurf stärker präventive, entwicklungspolitische europäische Initiativen betont, die in bedrohten Regionen zu Reformen und zu Friedenssicherung führen können. Militärische Intervention wird als ultima ratio in Betracht gezogen, die Rolle der UNO hat weiterhin einen hohen Stellenwert.

„Die Charta der Vereinten Staaten bildet den grundlegenden Rahmen für die Internationalen Beziehungen. Die Stärkung der Vereinten Nationen und ihre Ausstattung mit den zur Erfüllung ihrer Aufgaben und für effizientes Handeln erforderlichen Mitteln, muss ein vorrangiges Ziel für Europa sein. Wenn wir von internationalen Organisationen, Vereinbarungen und Verträgen erwarten, dass sie Gefahren für den Frieden und die Sicherheit in der Welt wirksam abwenden, sollten wir bei Verstößen gegen ihre Regeln zum Handeln bereit sein.“¹³

Die veränderte Rolle der NATO

Das Ende des Kalten Krieges brachte es mit sich, dass die Rolle der NATO neu überdacht werden musste, zumal es keine reale Bedrohung seitens des Ostens mehr gab.

Im Zusammenhang mit der Dominanz und Führungsrolle der USA hat die NATO diesbezüglich ihre einst wichtige Funktion als westliches Verteidigungsbündnis mit einer defensiven Strategie weitgehend eingebüßt. Umso mehr, als durch die sicherheitspolitische Partnerschaft zwischen den USA und Russland in Sachen Bekämpfung des Terrorismus ihre einst gegen die militärische Großmacht Russland zielende Orientierung so nicht mehr vorhanden ist. Für die ostmitteleuropäischen Staaten Polen, Tschechien und Ungarn, deren Außenpolitik im letzten Jahrzehnt in erster Linie darauf gerichtet war, nach Jahrzehnten sowjetischer Dominanz ihre eigene staatliche Souveränität abzusichern und russische Ansprüche abzuwehren, bedeutet diese gravierende Veränderung der weltpolitischen Sachlage eine deutliche Relativierung der Bedeutung ihrer NATO-Mitgliedschaft. Wie stark allerdings die Furcht vor einer gelegentlich vermuteten Achse

¹¹ Im Wortlaut: Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Javier Solana legt ein Papier für eine Europäische Sicherheitsdoktrin vor. In: <http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/Europa/solana-papier.html>.

¹² Herfried Münkler: Angriff als beste Verteidigung? Sicherheitsdoktrinen in der asymmetrischen Konstellation. In: IPG 3/2004, S. 22-37, S. 37.

¹³ Javier Solana, wie Fußnote 11, S. 4-5.

Moskau-Berlin-Paris noch ist, wird an den Reaktionen der polnischen Außenpolitik deutlich. Hier schloss man sich im amerikanisch-europäischen Konflikt um den Irak-Krieg eindeutig der Option der USA und Großbritanniens an und schlug sich so dem Lager des „neuen Europa“ zu. Allerdings wurde diese Haltung, die besonders in Deutschland und Frankreich auf Unverständnis stieß, recht bald auch in der polnischen öffentlichen und veröffentlichten Meinung in Frage gestellt. Zudem sprach sich die Mehrheit der Polen mehrfach gegen eine aktive Teilnahme ihres Landes an den Kriegshandlungen aus.¹⁴ Unbestritten bleibt jedoch, dass viele Europäer die amerikanische Hegemonie als innereuropäischen Stabilitätsfaktor schätzen, da die Rolle der USA in der NATO die gemeinsamen Reaktionen auf externe Krisen erheblich erleichtert. Hingegen spricht man sich eindeutig gegen ein europäisches – etwa deutsch-französisches – Direktorat aus. Janusz Reiter, ehemaliger polnischer Botschafter in Deutschland, beschrieb diese Sachlage im Februar 2003 wie folgt:

„Vielen Europäern fällt es leicht, Amerikas Führungsrolle zu akzeptieren. Sie würden sich aber energisch wehren, wenn eine europäische Macht den Führungsanspruch erhöhe. Wer Europa zum Vehikel eigener nationaler Ambitionen machen möchte, muss damit rechnen, dass ihm die Nachbarn die Gefolgschaft verweigern.“¹⁵

Die Rolle der UNO aus amerikanischer und europäischer Sicht

Die Rolle der UNO wird von den USA bereits seit den 90er Jahren in erheblichem Maße in Frage gestellt (Weigerung der USA, ihre UNO-Beiträge zu bezahlen, Verhängung einseitiger Wirtschaftssanktionen, Verweigerung der Ratifizierung des Atomteststoppabkommens, Kündigung des ABM-Vertrags, Aufbau eines nationalen Raketenabwehrsystems, Verweigerung des Verifikationsregimes zur Biowaffenkonvention, Weigerung die Ottawa-Konvention über das Verbot von Anti-Personen-Minen zu unterzeichnen, Ablehnung des Kyoto-Protokolls zum Schutz des Weltklimas, offene Sabotage des Internationalen Strafgerichtshofes, Ignorierung des UNO-Sicherheitsrates vor dem Irakkrieg).¹⁶ Zuletzt manifestierte sich diese Politik durch den Angriffskrieg gegen den Irak, der von der UNO nicht sanktioniert worden war.

Einen wichtigen Einschnitt in den Beziehungen zwischen den USA und der EU bildete in diesem Kontext natürlich der 11. September 2001, der die Verwundbarkeit der Weltmacht USA unter Beweis stellte und sicherlich dafür sorgte, dass die bereits bestehenden Pläne für eine präemptive amerikanische Sicherheitsstrategie von der Bush-Administration zügiger und rücksichtsloser umgesetzt werden konnten.

„Der Sieg George W. Bushs und vollends die Erfahrung des 11. September 2001 verhalten einer unilateralen Strategie der US-Außenpolitik zum Sieg, welche (...) der UNO den

¹⁴ Zbigniew Wilkiewicz: „Neues“ versus „altes“ Europa: Polen zwischen den USA und der EU. In: aktuelle ostinformationen, 3-4 (2004), S. 3-15.

¹⁵ Janusz Reiter: Antiamerikanismus ist kein guter Baustein für Europa. In: FAZ, 5. 2. 2003. Vgl. auch: Matthias Dembinski/ Wolfgang Wagner: Europäische Kollateralschäden. Zur Zukunft der europäischen Außen-Sicherheits- und Verteidigungspolitik nach dem Irak-Krieg. In: ApuZ, B 31-32 (2003), S. 31-38, S. 34.

¹⁶ USA - Europa: Die „Duisburger Erklärung“, 17. 04. 2004. In: <http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/themen/Europa/duisburger-erklaerung.html>.

*Status als Rechtsinstitut der kollektiven Sicherheit verweigerte, den USA prinzipiell unbeschränkte Befugnisse der vor allem auch 'präventiven Selbstverteidigung' jenseits all dessen, was die UNO-Charta an Einschränkungen vorsieht, zuschrieb, und der Weltorganisation im besten Fall die Funktion eines Legitimationsbeschaffers und die des humanitären und in Fragen des Nachkriegs-Wiederaufbaus einigermaßen erfahrenen Aufräumers einzuräumen bereit war.*¹⁷

Im Unterschied zu den USA wird die positive friedensstiftende Rolle der UNO seitens der EU stets hervorgehoben. Dabei ist man sich bewusst, dass es sich bei der UNO um ein wichtiges, permanentes Verhandlungsforum der 191 Mitgliedstaaten handelt, dass sich die humanitären Institutionen der UNO als unverzichtbar erweisen, dass die UNO nach militärischen Konflikten wichtige Erfolge beim Aufbau ziviler Projekte zu verzeichnen hat, dass sie bei einstigen Gegnern als neutraler und kompetenter Vermittler auftritt und die Arbeit ihrer völkerrechtspolitischen Organe weiterhin unverzichtbar ist.

Dennoch ist, nach der Aufhebung der Sanktionen gegen den Irak, nach Ansicht zahlreicher Kommentatoren eine neue Politik gefordert: Es sollte zu einer pragmatischen Verständigung der Mitglieder des Sicherheitsrates kommen und in Zukunft müssen zu zwei zentralen Fragestellungen Strategien entwickelt werden, wobei es sich nicht mehr um internationale, sondern um weltinnenpolitische Sachverhalte handelt: die weltweite Bekämpfung der terroristischen Bedrohung sowie die Erarbeitung überzeugender Antworten auf die Gefahren, die von der Proliferation von Massenvernichtungswaffen ausgehen. Ein weiterer wichtiger Eckpunkt – so der Politologe Klaus Dicke – ist die Rückführung der USA zu einem multilateralen und den Regeln des Völkerrechts entsprechenden Behandeln globaler und weltinnenpolitischer Sachlagen.¹⁸

Erschwerend für Europa wirkte sich dabei aus, dass im gleichen Zeitraum die Integration der EU fortgesetzt werden musste. Dabei bildete die am 1. Mai vollzogene Osterweiterung durch die acht Staaten aus OME der Gemeinschaft beitraten, sicherlich einen wichtigen Meilenstein, obschon sich gerade in diesem Zusammenhang erhebliche Kontroversen hinsichtlich der Verabschiedung einer europäischen Verfassung und im Hinblick auf den Umgang mit dem Irak-Konflikt ergaben. Immerhin ist die EU weiter bemüht, von einer wirtschaftlichen zu einer politischen Gemeinschaft zu werden, was durch das Projekt für eine einheitliche europäische Verfassung deutlich unterstrichen wird.

Unterschiedliche Interessen

Im Falle des Irak-Kriegs ist heute offensichtlich, dass die USA und die mit ihnen verbündeten Mächte eindeutig gegen das bestehende Völkerrecht verstießen. Inzwischen ist auch deutlich, dass Teile der amerikanischen Streitkräfte nicht nur im Irak, sondern bereits in Afghanistan gegen die Regeln der Genfer Konvention verstoßen haben. Offenbar waren Folterungen an der Tagesordnung und auch die Behandlung der Gefangenen auf

¹⁷ Klaus Dicke: UNO-Politik nach dem Irak-Krieg. Was tun? In: Die Politische Meinung. August 2003, S. 25-29, S. 27.

¹⁸ Ibd., S. 28-29.

Guantanamo spricht eine deutliche Sprache. Klar ist mittlerweile auch, dass der Irak weder Massenvernichtungsmittel vorhielt noch nachweisbar aktive Beziehungen zum Terrornetz al-Qaida unterhielt.¹⁹ Zum Zeitpunkt des Kriegsausbruchs konnte man diese Fakten allerdings nur vermuten, auch wenn kritische Stimmen schon damals von einem bewussten Täuschungsmanöver der US-Führung sprachen.

Andererseits wurde die Kriegentschlossenheit der amerikanischen Führung durch die Hinhaltenaktik Saddams hinsichtlich der Nichterfüllung der Auflagen des Sicherheitsrats, sein brutales innenpolitisches Regime, aber auch von den strategischen Interessen (Erdöl!) der einzig verbliebenen Supermacht bestimmt. Eine andere Haltung nahmen im Vorfeld des Irak-Krieges bekanntlich Frankreich und Russland ein, die auch mit dem Irak Saddams durch Wirtschaftsbeziehungen verknüpft blieben und sich gegen Ende der 90er Jahre für eine Lockerung der Sanktionen gegen den Irak ausgesprochen hatten. Dabei trafen sie allerdings auf den Widerstand der USA und Großbritanniens.²⁰

Trotz des gewonnenen Krieges und der Festsetzung Saddams haben die USA ihr eigentliches Ziel, die Zerschlagung des weltweit operierenden Terrornetzes al-Qaida, bislang deutlich verfehlt. Der weiterhin offen geführte Konflikt gegen die Besatzungsmacht und ihre inländischen und ausländischen Helfer sowie die Zunahme terroristischer Akte im Irak und anderswo lassen vielmehr die Vermutung zu, dass sich der gewaltsame kriegerische Einsatz als kontraproduktiv erweisen könnte. Eine Befriedung des Iraks, seine Demokratisierung und sein Wiederaufbau sind in weite Ferne gerückt.

Die Kosten des Krieges sind enorm. Präsident Bush beantragt immer wieder Sondermittel für die Finanzierung des Krieges und es bleiben weiterhin 110.000 amerikanische Soldaten im Irak stationiert.²¹

Für unsere Fragestellung wichtig ist zudem die Tatsache, dass es gerade dieser kriegerische Konflikt ist, der die Spaltung der erweiterten EU-25 sehr deutlich gemacht hat. Die EU war sich hinsichtlich der Behandlung der Irak-Frage in ihrem Verhalten gegenüber den USA durchaus nicht einig, so dass es der amerikanischen Führung nicht schwer fiel, Europa in ein „altes“ und ein „neues“ einzuteilen.

Die Einteilung in „neu“ und „alt“ lief dabei durchaus nicht an der Grenze zu OME entlang, sondern schloss mit der Unterzeichnung des „Aufrufs der Acht“ vom 30.01.2003, in dem man sich für eine nachhaltige Unterstützung der Irak-Politik der USA aussprach, solche Altmitglieder wie Italien, Großbritannien, Spanien, Portugal und Dänemark mit ein. Zu ihnen gesellten sich die Beitrittsaspiranten Polen, Ungarn und Tschechien. Eine weitere Solidaritätsbekundung erfolgte am 2. Februar 2003, als sich die zehn Mitglieder der sog. Vilnius-Gruppe (Albanien, die baltischen Staaten, Bulgarien, Kroatien, Mazedonien, Rumänien, die Slowakei und Slowenien) zu Worte meldeten.

¹⁹ Jürgen Wilzewski: Die Bush-Doktrin, der Irakkrieg und die amerikanische Demokratie. In: ApuZ, B45 (2004), S. 24-32, S. 31.

²⁰ Klaus Dicke, wie Fußnote 17, S. 26.

²¹ Peter Scholl-Latour: Weltmacht im Treibsand – Bush gegen die Ayatollahs. Berlin 2004. Wie zahlreiche andere Kritiker der imperialen US-Politik geht auch Scholl-Latour davon aus, dass die USA sich in ihrem Bestreben, die Welt alleine zu beherrschen, übernehmen könnten. Erinnert sei auch an die Studie der beiden altkonservativen Politikwissenschaftler Stefan Halper und Jonathan Clarke „America Alone“, in der eine Rückkehr zu Diplomatie und Konsens gefordert wird, da man niemals ein „Zweites Rom“ werden könne.

Das eigentliche Kerneuropa, das sich dem amerikanischen Ansinnen nicht anschließen wollte, bildeten Deutschland und Frankreich. Trotz des Strebens nach einer strategischen Partnerschaft mit den USA, wenn auch als deren Juniorpartner, schloss sich Russland der Argumentation der gegen die Politik der Bush-Administration orientierten europäischen Kriegsgegner an. Gleichzeitig war man bemüht, die gegen die globalen Herausforderungen des Terrorismus zielende Partnerschaft mit den USA nicht zu gefährden. Dabei spricht sich die russische Führung allerdings schon deshalb für eine Stärkung der UNO aus, um im Konzert der Großmächte weiterhin eine wahrnehmbare Rolle zu spielen. Dies geschieht aus der klaren Erkenntnis heraus, dass ohne die EU und die USA eine nachhaltige Reformierung und Modernisierung Russlands nicht möglich sein wird.²²

Kooperatives Modell versus Unilateralismus

Die europäische/deutsche Kritik des „alten Europa“ an der unilateralen Außenpolitik der USA wurde in der am 16. Februar 2004 in der FR veröffentlichten „Duisburger Erklärung“, die von 38 Wissenschaftlern, Hochschullehrern, Menschenrechtlern, Gewerkschaftern und Politikern unterzeichnet wurde, stringent zusammengefasst. In ihr fordert man angesichts des „rabiaten Unilateralismus“ der USA, der die Vereinten Nationen und das Völkerrecht geschädigt habe, eine Neubestimmung der transatlantischen Beziehungen. Dabei wird auch die Frage aufgeworfen, wie man mit der faktischen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Abhängigkeit von den USA umzugehen habe. Beklagt wird aber auch selbstkritisch die außen- und sicherheitspolitische Handlungsunfähigkeit der EU, die in den Balkankriegen und im Irak-Krieg so deutlich wurde. Allerdings wird im Gegenzug konstatiert, dass der von den USA entfachte Krieg nicht nur völkerrechtswidrig gewesen sei, sondern gegenüber der Weltöffentlichkeit und den Verbündeten durch Lügen und Täuschungen gerechtfertigt wurde. So entstünde der Eindruck, dass das Völkerrecht für die derzeitige Führung der USA und ihre ultrakonservativen Unterstützer zu einer „Nebensache“ geworden sei. Man setze auf militärische und andere Zwangsmittel, um die Region zwischen dem Nahen Osten und Zentralasien in Sinne eigener Machtinteressen neu zu ordnen. Dabei gehe es nicht nur um die Ölvorkommen am Persischen Golf und in Zentralasien, sondern überhaupt um die Kontrolle über diese geostrategisch wichtige Region. Europa dürfe angesichts dieser Sachlage nicht dem Eurozentrismus erliegen, keiner Emotionalisierung verfallen und sich in der Debatte auch nicht einer „besserwisserischen Moralisierung“ befleißigen. Allerdings könne die fundierte Kritik am amerikanischen Vorgehen nicht mit Anti-Amerikanismus gleichgesetzt werden. Europa habe hartnäckig an einer kooperativen, handlungsfähigen, nachhaltigen und friedensfördernden Identität zu arbeiten, eine Anbiederung im Stile Tony Blairs an die USA komme nicht in Frage. Als wenig konstruktiv habe sich auch die Haltung der Ministerpräsidenten Berlusconi und Aznar erwiesen. Nach den Erfahrungen mit zwei Weltkriegen müsse Europa deshalb auf die Mechanismen friedlicher

²² Peter W. Schulze: Russische Außenpolitik im Machtdreieck USA – Europa – Weltgemeinschaft. In: FES-Analyse, Juni 2003, S. 18-19.

Konfliktbeilegung setzen. Amerikanische Europakritiker wie Robert Kagan seien nicht in der Lage, diese historischen Erfahrungen zu erkennen.²³ Europa müsse weiterhin die zivilisatorischen Fortschritte von UNO und Völkerrecht verteidigen, es sei seine Aufgabe, mit anderen zusammen an der multilateralen Einhegung der größeren Mächte zu arbeiten: seiner selbst, Russlands, Chinas, aber auch der USA. Deshalb müsse Europa zu einer gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik finden, um die Gefahr von Spaltung und Lähmung auszuschließen. Dabei sei die Maxime, wenn immer möglich mit den USA, sonst aber auch ohne sie. Das bedeute, dass die eigenen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Interessen gegenüber Washington offen und selbstbewusst zu vertreten seien, was zur Voraussetzung habe, dass die transatlantischen Beziehungen auf Gleichberechtigung und Ausgewogenheit beruhen. Dies könne bedeuten, dass man den Weg von einer Werte- zu einer Interessengemeinschaft zu beschreiten habe. Wenn es allerdings gelinge, Menschenrechte, Demokratie, Umweltschutz, Völkerrecht und Friedensbewahrung zum gemeinsamen Wertekanon zwischen den USA und Europa zu machen, könnten die transatlantischen Beziehungen wieder neu erblühen. Dabei seien folgende Fragen von prinzipieller Bedeutung: Akzeptieren sich beide Seiten noch als prinzipiell gleich? Akzeptieren auch die USA weiterhin den Primat der Friedensbewahrung und des Schutzes der Umwelt? Akzeptieren sie das Völkerrecht und die Werte und Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen als Handlungsmaxime? Von der Beantwortung dieser Fragen sei abhängig, wie sich die transatlantischen Beziehungen zukünftig gestalten würden. Die Autoren kommen zu folgendem Fazit:

„Die Europäer sollten für eine zivilisierte und kooperative Organisierung der Weltpolitik eintreten, entweder mit, sonst aber auch ohne Washington –gemeinsam mit den Kräften in Amerika, die ebenfalls die Werte der Toleranz, Demokratie und globaler Rechtsstaatlichkeit hochhalten.“²⁴

Unterschiedliche Werte

Die Analyse der Autoren scheint zutreffend zu sein und wird sowohl von analytischen als auch empirischen Befunden gestützt. So ist dem Amerikanisten Gert Raeithel beizupflichten, wenn er verdeutlicht, dass die einst selbstverständlich klingende These von der transatlantischen Wertegemeinschaft nicht falsch, sondern unvollständig ist. Zwar haben die USA auf vielen Gebieten einen Entwicklungsvorsprung, auf anderen wirken sie allerdings älter als das angeblich alte Europa: man denke nur an die lückenhafte Krankenversicherung, den inhumanen Strafvollzug, den freien Schusswaffengebrauch,

²³ Die Autoren spielen dabei auf das Buch Kagans „Macht und Ohnmacht –Amerika und Europa in der neuen Weltordnung“ an, das 2003 in deutscher Übersetzung erschien. Ganz in der Tradition der neorealistischen Denkschule erklärt der Autor hierin die unterschiedlichen außenpolitische Standpunkte diesseits und jenseits des Atlantiks mit dem unterschiedlichen Potential der Amerikaner und Europäer, Machtpolitik zu betreiben. Aufgrund ihrer einzigartigen Machtstellung hätten die USA die Möglichkeit ihre außenpolitischen Ziel notfalls auch mit Gewalt durchzusetzen. Weitere Thesen Kagans: Der Zusammenhalt des Westens habe für Amerika keine Priorität mehr, für George W. Bush sei er geradezu bedeutungslos. Die Vormachtstellung Amerikas sei für die Welt und besonders für Europa eine unabdingbare Notwendigkeit. Das Ende des amerikanischen Imperiums sei nicht absehbar. Vgl. die Rezension von: Hartmut Wagner: Macht und Ohnmacht –Amerika und Europa in der neuen Weltordnung. In: http://www.eurasischesmagazin.de/info/archive_article.asp?article=20040117.

²⁴ Duisburger Erklärung, wie Fußnote 16, S. 7.

die Todesstrafe, die Heroisierung der Kriegshelden. Insofern sei nicht auszuschließen, dass bereits ein „Kulturbruch“ vorliege, zumal – wie Werner Weidenfels argumentiert – beide Gesellschaften die Schlüssel-Herausforderungen zu ihrer Existenzsicherung so unterschiedlich beurteilen. Dies gelte umso mehr, als Amerika an seinem Hegemonialanspruch festhalten werde.²⁵

Zu einer ähnlichen Bewertung kommt Egon Bahr, indem er verdeutlicht, dass die militärische Dominanz der USA der europäischen Einheit schade. Es sei illusorisch davon auszugehen, dass die USA den Europäern verstärkte Mitsprachen einräumen würden. Da die Zivilmacht Europa aber im Vergleich zu den USA auch zukünftig schwach bleiben werde, könne es nur daran interessiert sein, „das Recht des Stärkeren durch die Stärke des Rechts abzulösen“.²⁶ Für die deutsche Politik gegenüber den USA fordert Bahr deshalb:

„Wir bleiben selbstverständlich beim Abkommen zur Ablehnung von Landminen, auch wenn Amerika nicht mitmacht; wir wollen die Ausweitung der Konvention gegen biologische und chemische Waffen, auch wenn Amerika sie ablehnt; wir beharren auf dem internationalen Strafgerichtshof, auch wenn Amerika sich verweigert und seinen Präsidenten sogar ermächtigen will, Amerikaner zu befreien, die wegen möglicher Verbrechen vor ihn gestellt würden: Deutschland muss für die Stärkung der UN wirken, selbst wenn Amerika sich nicht durch den Sicherheitsrat binden lassen will, soweit es nicht seinen Interessen dient.“²⁷

In einer repräsentativen Umfrage, die im Juni 2004 vom German Marshall Fund in neun europäischen Ländern (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Polen, Portugal, Slowakei, Spanien) sowie in den USA durchgeführt wurde, sprechen sich fast drei Viertel der Europäer dafür aus, dass die EU ähnlich wie die USA zu einer Supermacht werden solle. Die EU müsse ihre militärische Macht ausbauen, um ihre Interessen gegen die USA durchsetzen zu können, meinen zudem 64 Prozent der Europäer. Gleichzeitig lehnen sie allerdings eine stärkere Aufrüstung der EU ab. 58 Prozent der Europäer halten eine Führungsrolle der USA in der Weltpolitik für nicht wünschenswert, hingegen sind 79 Prozent der Amerikaner für eine starke internationale Führungsrolle der EU. Während die befragten Amerikaner eine stärkere Kooperation mit der EU anstreben, wünschen sich die Europäer eine stärkere Emanzipation von den USA. 82 Prozent der Amerikaner meinen, dass unter bestimmten Bedingungen ein Krieg notwendig ist, um Gerechtigkeit herzustellen. Hingegen glauben in Europa nur 41 Prozent an einen „gerechten Krieg“. 63 Prozent der Amerikaner erblicken in Militärschlägen das adäquateste Mittel zur Terrorismusbekämpfung, wohingegen diese These nur von 49 Prozent der Europäer bejaht wird.

Im Falle vitaler nationaler Interessen dürfe die UNO von der eigenen Regierung ignoriert werden, meinen 59 Prozent der Amerikaner. Allerdings billigen nur 44 Prozent der Europäer solche Alleingänge.

²⁵ Gert Raeithel, wie Fußnote 4, S. 24.

²⁶ Egon Bahr: Kann sich Europa von Amerika emanzipieren? In: Hans J. Gießmann, Krzysztof Ruchniewicz (Hg): Deutschland, Polen, Europa. Wrocław 2003, S. 15-27, S. 25.

²⁷ *Ibid.*, S. 24.

Angesichts dieser Ergebnisse konstatierte der German Marshall Fund einen Riss, der sich durch die transatlantische Gemeinschaft ziehe, während der Präsident der US-Stiftung, Craig Kennedy, die Umfrage so kommentierte: „Sollte sich diese Tendenz fortsetzen, könnte es notwendig sein, die Grundlagen des transatlantischen Verhältnisses neu zu definieren, und zwar nicht wie bisher als Partnerschaft erster Wahl, sondern als optionale Allianz bei beiderseitigem Bedarf.“²⁸

Dies scheint in der Tat dem gegenwärtigen Stand der Dinge zu entsprechen. Man darf gespannt sein, ob es nach den amerikanischen Präsidentschaftswahlen zu spürbaren Veränderungen oder gar zu einer Entspannung der Beziehungen zwischen den USA und dem „alten“ Europa kommt, dem sich inzwischen auch die „neuen Europäer“ Spanien und Polen stärker anzuschließen scheinen. Hier sind sicherlich beide Seiten gefragt. Angesichts zahlreicher Gemeinsamkeiten, einer enormen wirtschaftlichen Verflechtung²⁹ und bindender Abhängigkeiten wäre eine Rückkehr zu gegenseitiger Konsultation und Kooperation mehr als wünschenswert. Dies setzt allerdings echte Partnerschaft und gegenseitige Rücksichtnahme auf beiderseitige Interessen und die verbindliche Anerkennung internationaler Normen voraus. Ohne diese Voraussetzung werden sowohl die europäischen als auch die amerikanischen Skeptiker im Hinblick auf die transatlantische Partnerschaft recht behalten.

²⁸ Hartmut Wagner: Riss durch die transatlantische Gemeinschaft. In: <http://www.eurasischesmagazin.de/info/article.asp?article=20040912>, 29. 09, 2004, S. 1-3, S. 3.

²⁹ Conrad Schuhler: Unter Brüdern. Die USA, Europa und die Neuordnung der Welt. Köln 2003, S. 108-126.